WP-4-641 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in:	LAG Kultur
Beschlussdatum:	15.01.2026
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu WP-4

Nach Zeile 641 einfügen:
Altersarmut verhindern.

Das Durchschnittseinkommen, der etwa 200.000 in der Künstlersozialkasse Versicherten, betrug brutto 2024 € 21.000,- im Jahr – als Soloselbstständige. Das liegt 25% unter dem Mindestlohn.

Und auch wenn es noch dazu einen gewaltigen GenderIncomeGap gibt, Männer liegen bei durchschnittlich knapp € 24.000,-, Frauen bei knapp € 18.000,-, so ist es für alle Versicherten viel zu wenig, um daraus adäquate Rentenansprüche zu generieren. Dahinter liegen eine ganze Reihe systemischer Ursachen, deren Folgen, insbesondere im Hinblick auf die obszönen Gewinne der Verwerter*innen, etwa Spotify im Musiksektor, dringenden Handlungsbedarf anzeigen. Hier werden wir Bündnis 90/DIE GRÜNEN an Lösungen arbeiten. Es darf nicht sein, dass mit der Wahl eines künstlerischen Berufes, der soziale Abstieg schon im System verankert ist. Ein menschenwürdiger und respektvoller Umgang mit den Kulturschaffenden muss selbstverständlich werden. Sei es im Jobcenter, bei Mindesthonoraren oder bei der Einbindung in unsere sozialen Sicherungssysteme.

Begründung

Künstler*innen und Kreative verdienen nicht genug – nicht genug, um in Berlin leben zu können, nicht genug um Familien zu gründen, nicht genug um Altersvorsorge zu treffen.

Gleichzeitig werden in der Musik- Film-, und Gamesindustrie deutlich steigende Umsätze erzielt. Finanziert auch von Nutzer*innen in Deutschland, in Berlin. Streaming kostet immer mehr Geld, dagegen sind die Öffentlich-Rechtlichen wahre Schnäppchen und große Konzerte und Festivals sind für viele unerschwinglich geworden.

Games etwa, setzt in Deutschland knapp 10 Mrd. um. Mehr als die Hälfte für Spiele – davon fließt aber so gut wie nichts nach Deutschland, knapp 40% für Hardware und der Rest für Streaming … quasi nichts davon landet in Berlin.

Das Durchschnittseinkommen von selbstständigen Musiker*innen beträgt € 17.500,- im Jahr – dasind 66% des gesetzlichen Mindestlohns – während der CEO von Spotify ein Vermögen von über € 5.000.000.000,- angehäuft hat.

Politik hat es bisher nicht geschafft, die immer weiter auseinanderklaffenden Verhältnisse zu regulieren.

Da ist es für Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Berlin – der Kulturhauptstadt Deutschlands – wichtig, den Kreativen, der Freien Szene, den selbstständigen Künstler*innen zu signalisieren, dass sie das Problem erkannt haben und anpacken. So weit und so gut das von Berlin aus eben geht.

Was aber auf jeden Fall geht – etwas mehr Respekt, etwas mehr Augenhöhe herzustellen. Etwa bei der Anpassung der Kriterien in den Jobzentren, bei angemessenen Mindesthonoraren und bei der Weiterentwicklung der Kriterien der Künstlersozialkasse.